



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Universitätsbibliothek Paderborn**

## **Hausmitteilung**

**Universität Paderborn**

**Paderborn, 1.1984 - 3.1986 = Nr. 1-20**

Mitgliederversammlung der Fraunhofer Gesellschaft

**urn:nbn:de:hbz:466:1-8630**

FhG - Mitgliederversammlung:

## **Rund 46 Mrd. Mark von Wirtschaft, Bund und Ländern im Jahre 1983**

Die Fraunhofer Gesellschaft (FhG) hielt am 25. Oktober ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. Zweck der FhG ist, die angewandte Forschung zu fördern, und sie führt in diesem Rahmen "frei gewählte Forschungsvorhaben, von Bund und Ländern übertragene Aufgaben und Vertragsforschung durch". So steht es in der Satzung, die bei der Aufgabenerfüllung u.a. folgendes festhält: "Forschungsinstitute und ähnliche Einrichtungen zu errichten und zu unterhalten; ... für die praktische Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnis zu sorgen und Kräfte der angewandten Forschung und der Praxis zusammenzuführen ..." Die Universität-Gesamthochschule Paderborn ist seit Mitte 1983 Mitglied in der FhG. In Vertretung des Rektors nahm Prof. Dr. Eckhard Schlimme, Vize-Rektor und Vorsitzender der Kommission für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs, an der Sitzung teil.

Ein Thema war die Einrichtung "Befristeter wissenschaftlicher Arbeitsgruppen für zeitlich beschränkte Aufgabenstellungen mit der Wirtschaft und/oder den Hochschulen". Geplant ist die Gründung von bis zu 35 Mitgliedern umfassende Arbeitsgruppen, die bestimmte Forschungsprojekte betreuen sollen. Die Arbeitsgruppen sollen ad hoc eingerichtet werden, wenn Aufträge, z.B. aus der Wirtschaft, vorliegen. Grundgedanke dieser Idee: der Transfer von wissenschaftlicher "Produktion"

hin zur angewandten Produktion wird schneller und effektiver stattfinden. Die Arbeitsgruppen könnten, so die Planung, nach Beendigung des Forschungsauftrags jederzeit wieder aufgelöst werden.

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter sollen bis zu 100 % mit Zeitverträgen an die Projekte gebunden werden. Prof. Schlimme gab in einem Bericht dem Senat der Uni-GH zu bedenken, daß bei der Realisierung dieser Planung die wissenschaftlichen Hilfskraftstellen in den Arbeitsgruppen zu Lasten der wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen expandieren könnten. Es sei kritisch zu hinterfragen, ob die Einrichtung solcher Arbeitsgruppen von den Hochschulen mitgetragen werden sollten.

Mit bis zu 40 % Grundfinanzierung beteiligt sich die FhG oder die öffentliche Hand an Forschungsaufträgen. 100 % bis 60 % der Gelder werden von der privaten Wirtschaft und der Industrie aufgebracht. Im Jahre 1983 standen der Fraunhofer Gesellschaft für die Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in der Bundesrepublik 26,3 Mrd. Mark von der Wirtschaft, 12,1 Mrd. Mark vom Bund und 7,7 Mrd. Mark von den Ländern zur Verfügung.

### **MA - Studiengänge: Neue Perspektiven durch ungewöhnliche Fächerkombinationen?**

Vorbehalte gegen die Einführung neuer Magisterstudiengänge an den Hochschulen trugen Berufsberater der Arbeitsämter bei einer Informationsveranstaltung an der Abteilung Höxter der Uni-GH vor. "Leichtfertig" sei es

den jungen Leuten gegenüber, so ein Diskussionsteilnehmer, diesen Studiengang zu empfehlen, wo doch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt mit einem solchen Abschluß sehr gering seien. Ein akademischer Grad sei keine Arbeitsplatzgarantie. Der MA-Studiengang unterscheide sich qualitativ nicht vom Lehramtsstudiengang, doch soll er gerade zu diesem eine Alternative darstellen. Zudem fehle, war weiter zu hören, eine genaue Beschreibung des Profils der MA-Studiengänge.

Als Gastreferent der Veranstaltung, die alljährlich von den Arbeitsämtern Ahlen, Bielefeld, Detmold, Göttingen, Hameln, Herford, Kassel, Meschede, Paderborn und Soest in Zusammenarbeit mit der Paderborner Hochschule ausgerichtet wird, bezog Uni-Rektor Friedrich Buttler Stellung zur Kritik. Zuerst müsse einmal danach gefragt werden, so Buttler, wer denn eigentlich ein besonderes Interesse an der zusätzlichen Einrichtung von MA-Studiengängen habe. Und die Antwort laute, daß neben den Professoren vor allem die Studenten dies wünschten. Wenn sich viele Studenten angesichts der trostlosen Situation auf dem Lehrer-Arbeitsmarkt trotzdem entschließen würden, ihre Wunsch-Fächer zu studieren ("was ich außerordentlich begrüße"), das gelte vor allem für die Geistes- und Sozialwissenschaften, dann sei die Universität verpflichtet, ihnen das Studium mit einem alternativen Abschluß anzubieten. Buttler: "Wir haben uns von dem Gedanken zu verabschieden, der Staat könne als einziger Arbeitgeber für die Studenten in Frage kommen. Das Studium muß auf Flexibilität im Hinblick auf die 21